



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/366/2016 Status: öffentlich AZ: Datum: 12.05.2016 Verfasser: Amt 61 Jürgen Schöbel
Federführend: Planungsamt	
Sachstandsbericht zur Herleitung der Größe für den Umsiedlungsstandort Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
24.05.2016	Braunkohlenausschuss

Tatbestand:

Mit Schreiben vom 02.05.2016 stellt die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Erkelenz u. a. die Anfrage zur Herleitung der Größe für den Umsiedlungsstandort Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath.

In der Sitzung wird ein Vertreter der Bezirksregierung Köln, Dezernat 32 - Braunkohle, einen Sachstandsbericht geben und für Fragen zur Verfügung stehen.

Beschlussentwurf:

„Die Mitglieder des Braunkohlenausschusses nehmen den Sachstandsbericht zur Herleitung der Größe für den Umsiedlungsstandort Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath zur Kenntnis.“

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlage:

Schreiben der SPD-Fraktion vom 02.05.2016



An den Vorsitzenden
des Braunkohleausschusses der Stadt Erkelenz
Herrn Rainer Merckens

41812 Erkelenz

02.05.2016

Sehr geehrter Herr Merckens, lieber Rainer,

für die am 18.05.2016 geplante Sitzung des Braunkohleausschusses bitten wir die Tagesordnung so zu gestalten, daß in der Sitzung auf die unten aufgeführten Fragen und Sachverhalte eingegangen wird, mit dem Ziel die größtmögliche Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit der bisherigen Verfahrensabläufe und Entscheidungen abzuleiten.

Das ist nach unserer Auffassung das wesentliche Ergebnis der gemeinsamen Beratungen vom Bürgerbeirat und der IG Umsiedlung vom 26.04.2016.

Vor diesem Hintergrund bitten wir insbesondere, nochmals öffentlich dazustellen, wie der Entscheidungsprozess zur Festsetzung der Größe des Umsiedlungsstandortes und die Entscheidung zur Grundstücksgrößen zustande gekommen sind.

Die Regelungen zur Berechnung der individuellen Grundstücksgrößen lösen bei den Bürger/innen Irritationen aus. Auch die Berechnungen zu Bauland, Gartenland und Hinterland bei der Ermittlung der Grundstücksgrößen am neuen Standort scheinen nicht klar zu sein und sollten nochmals eventuell an konkreten Beispielen erläutert werden.

Zugrunde gelegt werden sollten die Beispiele aus der Präsentation der IG Umsiedlung.

-2-



- 2-

Begründung:

Der Bürgerbeirat und die IG Umsiedlung beschreiben die Unzufriedenheit der Umsiedler/innen in den von Umsiedlung betroffenen Gebieten. Sicher waren die Bürgerinnen und Bürger umfänglich an den Prozessen beteiligt. Scheinbar ist es aber nicht gelungen, die erforderliche Transparenz und damit eine größtmögliche Akzeptanz herzustellen.

Wir wünschen uns, wo es geht, diese Fragen und Besorgnisse zu beantworten und mögliche Unterlassungen zeitnah zu heilen. Sollte der Bergbaubetreibende zur Klarstellung dieser Fragen beitragen können, bitten wir einen sprachfähigen Vertreter von RWE einzuladen.

Mit freundlichen Grüßen